



02.02.2024

Liebe Genossinnen und Genossen,

liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

gestern haben wir in einer bewegenden Gedenkveranstaltung den Opfern des Nationalsozialismus gedacht. Vor 79 Jahren – am 27. Januar 1945 wurden die Überlebenden des Vernichtungslagers Auschwitz befreit. Die industrielle Massenvernichtung von Menschen, ist ein beispielloses Verbrechen gegen die Menschlichkeit gewesen. Wir gedenken daher den Millionen Menschen, die unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft entrechtet, verfolgt und ermordet wurden – wegen ihrer Herkunft, ihres Glaubens, ihrer Meinung oder politischen Einstellung.

Eva Szepesi, die den Holocaust überlebt hat, weil Wärter im Konzentrationslager Auschwitz sie bereits für tot gehalten haben, mahnte an, dass die Shoah nicht mit Auschwitz begonnen hat, sondern mit Worten. [\(Zu ihrer bewegenden Rede geht es hier\)](#) Der Sportjournalist Marcel Reif, dessen Familie im Holocaust verfolgt und teilweise ermordet wurde hat gestern mit den Worten, die sein Vater ihm mitgegeben hat, das „Nie wieder“ für unsere heutige Zeit deutlich gemacht: „Sei ein Mensch.“ [\(Hier geht es zu seiner bewegenden Rede\)](#)



Gemeinsam mit meinem Kollegen Takis Mehmet Ali und meiner Kollegin Kerstin Grieser habe ich zudem an der Gedenkveranstaltung T4 teilgenommen und für die SPD-Bundestagsfraktion, den Bundesvorstand der Lebenshilfe und für Special Olympics Deutschland Kränze niedergelegt. T4 steht für die Abkürzung der Tarnorganisation der Nationalsozialisten, die in der

Tiergartenstraße 4 in Berlin ihren Sitz hatte und damit beauftragt war die Euthanasie-Morde zu organisieren. Während der Zeit des Nationalsozialismus wurden über 200.000 Menschen mit körperlicher, geistiger oder seelischer Behinderung systematisch ermordet. Zudem wurden schreckliche medizinische Experimente an Menschen verübt und Zwangssterilisationen vorgenommen. Björn Höcke hat im vergangenen Jahr von „gesunden Schulen“ gesprochen und davon, dass man Ideologie-Projekte stoppen, müsse, unter anderem die Inklusion. Die AfD möchte erneut selektieren und entscheiden, wer dazu gehört und wer nicht. Das werden wir nicht zulassen. **Inklusion ist keine Ideologie, sondern Menschenrecht.**

Wir stehen in besonderer Weise in Verantwortung, dass Rassismus, Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit in unserer Gesellschaft keinen Platz haben dürfen. Es ist unsere Pflicht, die Würde aller Menschen in Deutschland und unsere Demokratie gegen Gewalt und Angriffe ihrer Feinde zu schützen und zu verteidigen. In den letzten 2 Wochen sind in ganz Deutschland über 2 Millionen Menschen auf die Straße gegangen, um für die Demokratie und gegen rechtes Gedankengut zu demonstrieren. Ob in Gießen, in Hamburg, in Berlin oder morgen in Wetzlar: Wir sind mehr. Und wir setzen ein Zeichen für Toleranz und Offenheit. **In Wetzlar geht es morgen um 15 Uhr am Herkules Center in der Bahnhofstraße mit einem Demonstrationzug zum Rathaus los. Ich freue mich auf alle, die mit uns demonstrieren!**

**NIE WIEDER IST JETZT!**  
**3. Februar 2024** **Wetzlar**  
15.00 Uhr Demonstration  
ab Bahnhofstraße (Herkules-Center)  
16.00 Uhr Kundgebung  
auf dem Rathaus Parkplatz  
Wetzbachstraße 2

**LAUT** gegen **Rassismus und Hetze**  
**ENTSCIEDEN** für **Demokratie**  
und **Menschenrechte**  
**DEMOKRATIEBÜNDNIS LAHN-DILL**

Heute haben wir den Bundeshaushalt für das Jahr 2024 beschlossen. Und im Gegensatz zu den aktuellen Behauptungen ist der Bundeshaushalt kein Sparhaushalt. Durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts und dem Festhalten an der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse hatten wir strikte Rahmenbedingungen, die wir erfüllen mussten. Mit dem heutigen Beschluss endet die vorläufige Haushaltsführung. Das ist ein gutes Signal für alle in unserem Land: Denn dadurch können Förderprogramme wieder anlaufen und z. B. Mittel in die Städte und Gemeinden gegeben werden. Zudem schaffen wir für viele endlich Planungssicherheit.

Schon in der letzten Ausgabe meines Newsletters habe ich erklärt, dass wir früher stolz darauf waren, dass in unserem Land alles funktioniert. Dass die Straßen und Brücken in gutem Zustand sind, dass die Züge pünktlich fahren oder das beste Medizin für alle gut erreichbar ist. [\(Hier geht es zu dieser Ausgabe meines Newsletters\)](#) Deshalb investieren wir in unsere Infrastruktur. Mit dem Bundeshaushalt sind die Investitionen, vor allem für die Generalsanierung unseres Schienennetzes so hoch wie nie.

In Zeiten der vielen Herausforderungen, dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, den Umbau unserer Wirtschaft zu einem klimaneutralen Industriestandort mit Zukunft und dem immer größer werdenden Fachkräftemangel, müssen wir investieren. Wir investieren in unsere innere und äußere Sicherheit. Und wir investieren in die soziale Sicherheit für alle Menschen in unserem Land. Denn für uns ist klar: Um durch die Zeit

der Krisen zu kommen dürfen wir die Sicherheit nur im Dreiklang sehen. Während wir alles dafür tun, damit die Ukraine ihr Recht auf Selbstverteidigung ausüben kann, indem wir sie mit Waffenlieferungen unterstützen, darf die soziale Sicherheit nicht zurückbleiben. Denn das gefährdet den gesellschaftlichen Frieden in unserem Land.

Wir stellen uns dagegen, dass Menschen in und aus der Ukraine gegen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausgespielt werden. Wir starten dafür den Job-Turbo und weiten ihn aus. Damit mehr Menschen Arbeit haben und von ihrer Arbeit gut und sicher leben können und nicht auf Sozialleistungen angewiesen sind.

Wir investieren 1,3 Mio. Euro, damit wir schneller auf Medikamentenengpässe reagieren können. Wir stellen 100 Millionen Euro für die Forschung von LongCovid zur Verfügung, um bessere Behandlungsmöglichkeiten zu gewährleisten. Wir haben als SPD-Fraktion darauf geachtet, dass sich der Haushalt im Vergleich zum Regierungsentwurf noch entscheidend verbessert. Im Bereich der Landwirtschaft haben wir einen Kompromiss beschlossen. Die Entlastung im Bereich der KFZ-Steuer bleibt bestehen. Zudem wird die Subventionierung des Agrardiesels schrittweise zurückgefahren, damit Landwirtinnen und Landwirte sich darauf einstellen können. Trotzdem müssen und werden wir im Dialog bleiben. Denn für mich ist klar: Wir brauchen unsere Landwirtinnen und Landwirte und eine gute Nahrungsmittelproduktion in Deutschland. Dafür müssen wir im Dialog bleiben und tragfähige Lösungen gemeinsam entwickeln.

[\(Hier geht es zur EXTRA-Ausgabe meines Newsletters vom 11.01.2024\)](#)

Zudem ist es uns gelungen, dass die Kürzungen bei den Freiwilligendiensten oder die Mittel für die Bundeszentrale für politische Bildung komplett zurückgenommen werden konnten. Das Projekt der Respekt Coaches an Schulen wird ebenfalls nicht eingestellt, sondern weitergeführt. Und die Mittel für die Jugendverbandsarbeit bleibt auf gleichem Niveau bestehen. Damit unterstützen wir viele Tausende ehrenamtlich-tätige junge Menschen auch weiterhin.

[\(Hier gibt es eine Übersicht über alle Haushaltsbereiche\)](#)

Olaf Scholz hat in der Haushaltsdebatte die Union auf ihre Verantwortung als Oppositionsfraktion hingewiesen. Während wir in den letzten Wochen uns Tag für Tag dafür eingesetzt haben, dass der Haushaltsentwurf noch entscheidend verbessert wird und mögliche Kürzungen zurückgenommen werden, hat die Union nicht einen Antrag zum Haushalt gestellt. Und sie macht es sich leicht: Während sie die Schuldenbremse ebenfalls nicht reformieren möchte, kritisiert sie überall eingesparte Mittel. Keine Vorschläge für die Zukunft Deutschlands und wenn Verabredungen zwischen dem Bundeskanzler und den CDU-Ministerpräsidenten getroffen werden, kritisiert Friedrich Merz diese Einigungen am Tag darauf. Das hat nichts mit staatspolitischer Verantwortung zu tun, sondern zeugt von Verantwortungslosigkeit. [\(Hier geht es zu seiner Rede\)](#)

**Demokratie  
gibt es nicht  
umsonst.**

**SPD** Fraktion im  
Bundestag

In unserem Wahlsystem ist festgelegt, dass jeder Wahlkreis die gleiche Anzahl von Einwohnerinnen und Einwohnern haben soll. Denn dadurch wird gewährleistet, dass jeder Abgeordnete die gleiche Anzahl an Menschen vertritt. Sobald sich die Bevölkerung in einem Wahlkreis um mehr als 25% davon abweicht, schreibt das Wahlgesetz einen Neuzuschnitt der Wahlkreise vor. Aus diesem Grund haben wir beschlossen, dass es bei der nächsten Bundestagswahl 2025 in Sachsen-Anhalt einen Wahlkreis weniger und dafür in Bayern einen mehr geben wird. Ein normaler Vorgang, den Friedrich Merz als „Wahlmanipulation, die der Demokratie großen Schaden zufügt“ bezeichnet hat. Ein ungeheuerlicher Vorwurf. Es geht dabei auch nicht darum, Claudia Roth einen neuen Wahlkreis zu schaffen oder ihre Chancen zu verbessern, denn Claudia Roth hat überhaupt kein Direktmandat, sondern ist über die Landesliste eingezogen. Erneut hat Friedrich Merz gezeigt, dass die Union, außer faktenfreien Vorwürfen, inhaltlich nichts anzubieten hat. Ein Armutszeugnis und einer solch stolzen Partei absolut unwürdig. [\(Hier gibt es mehr Informationen dazu\)](#)

Am vergangenen Wochenende wurde bekannt, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des UNRWA am Terroranschlag der Hamas auf Israel am 7. Oktober beteiligt waren. Die Organisation hat die eindeutig identifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter umgehend entlassen. Die Vorwürfe sind zutiefst verstörend. Deshalb muss das Hilfswerk diese schnellstmöglich lückenlos aufarbeiten, um Schaden von der Organisation und den übrigen Beschäftigten (rund 13.000) abzuwenden. Deutschland hat aufgrund der Vorwürfe gemeinsam in Abstimmung mit weiteren Geberländern, insbesondere der G7-Staaten, entschieden, dass keine Mittel für das UNRWA bewilligt werden. Gleichwohl bleibt UNRWA für die Grundversorgung der palästinensischen Zivilbevölkerung lebensnotwendig. So bestürzend die Vorwürfe auch sind: Die allermeisten der UNRWA-Mitarbeitenden leisten unter widrigsten Umständen einen wichtigen Beitrag, um das Leid für die Menschen in Gaza zu lindern. 150 UNRWA-Mitarbeiter haben in den letzten Monaten ihr Leben dafür geopfert. Die wichtige Rolle, die UNRWA derzeit in Gaza übernimmt, ist aktuell unersetzbar. Deshalb bleiben wir in engem Austausch mit den Vereinten Nationen, damit die Vorgänge schnellstmöglich aufgeklärt werden.

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt